

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2001)
Heft: 4: Liberalisierung der Strommärkte : jetzt klettern die Preise!

Artikel: Jetzt geht der Streit erst richtig los!
Autor: Metzger-Breitenfellner, Renate
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586865>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



**Im Verwaltungsgebäude
des EW Nidwalden
stösst das Volksnein
zur Privatisierung
auf wenig Verständnis.**

Bilder: Maya Jörg

Volk lehnt Privatisierung des EWs Nidwalden ab

Jetzt geht der Streit erst richtig los!

Am 23. September haben die NidwaldnerInnen die Pläne zur Privatisierung des Elektrizitätswerkes Nidwalden (EWN) deutlich verworfen. Das EWN bleibt also eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Diskutiert wird jetzt darüber, welche Kompetenzen Verwaltungsrat und Geschäftsleitung erhalten sollen.



**Von Renate
Metzger-
Breitenfellner,
freie Journalistin
in Beckenried
(NW)**

«Vergiss die Abstimmung nicht!» Der EWN-Angestellte steht mit einer Kollegin an der Bar, will mit ihr über Vor- und Nachteile einer möglichen Teilprivatisierung des EW Nidwalden diskutieren. Sie winkt ab, sagt, sie habe bereits brieflich abgestimmt. Er will wissen, was sie auf den Stimmzettel geschrieben, ob sie die Umwandlung von der öffentlich-rechtlichen Anstalt in eine Aktiengesellschaft mit Holdingstruktur unterstützt hat. Hat sie nicht. Nein habe sie gestimmt, sagt sie, weil sie nicht einsehe, dass das Volk nichts mehr zu sagen habe, dass die Regierung das alleinige Sagen haben solle. Der EWN-Mitarbeiter hört zu, sagt, dass er ihre Einwände nachvollziehen kön-

ne, von seiner politischen Gesinnung her eigentlich zustimme. Aber eben: »Es geht um meinen Arbeitgeber. Ich bin direkt betroffen...«

Volk hat genug von schönen Reden

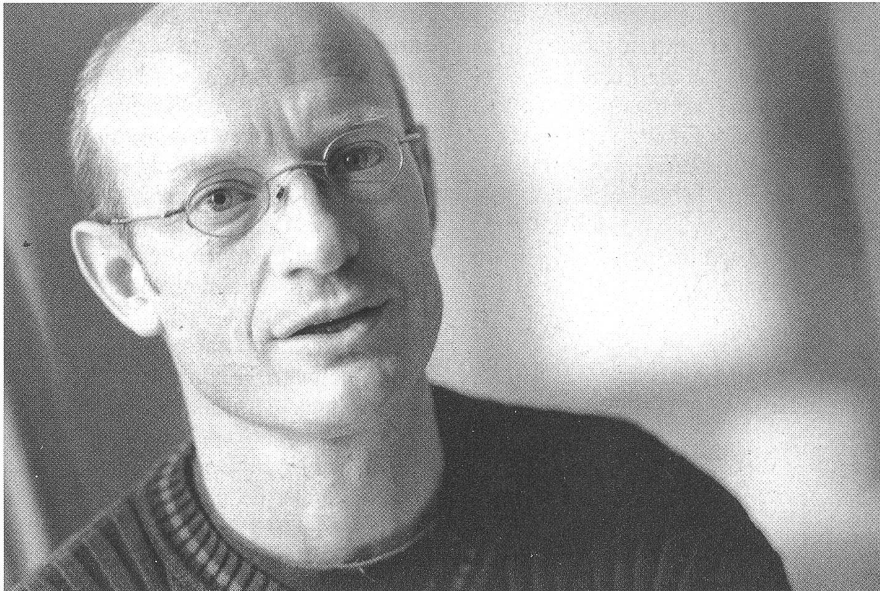
Jetzt, Mitte November, sind sie wieder an der Arbeit, die direkt Betroffenen, die MitarbeiterInnen des Elektrizitätswerkes Nidwalden. 42 Vollzeitangestellte, drei kaufmännische Lehrtöchter, 1 Netzelektriker-Lehrling. Ein Betrieb, in dem die Frauen – mit zwei voll und drei Teilzeit-Angestellten – in der Minderheit sind. Daniela Dick, 39 Jahre alt, seit sechs Jahren im Betrieb, ist eine von ihnen – und eine der «grossen Mehrheit» im EW, die für die Teilprivatisierung gestimmt haben. Sie sei von Beginn weg in den Prozess involviert gewesen, sagt sie, habe im Vorfeld versucht, die Menschen in ihrem Umfeld aufzuklären, ihnen eine Teilprivatisierung schmackhaft zu ma-

chen. «Ich war erstaunt, wie wenig die meisten Leute Bescheid wissen», sagt sie. Und dass man jetzt halt den politischen Entscheid akzeptieren müsse

Dieser Entscheid ist klar und deutlich ausgefallen: Mit 5430 zu 3694 Stimmen haben die NidwaldnerInnen am 23. September 2001 eine Gesetzesänderung abgelehnt. Das Volk wollte sein Mitbestimmungsrecht nicht freiwillig aufgeben, hatte genug von schönen Reden und Beteuerungen – und genügend Beispiele dafür, was passiert, wenn die Macht auf Wenige verteilt und ein öffentlich-rechtliches Unternehmen privatisiert wird. Siehe Swisscom. Siehe SBB. Siehe Swissair. «Das kann man nicht gut vergleichen, das sind ganz andere Dimensionen», sagt Daniela Dick, Sekretärin mit KV-Ausbildung und Weiterbildungen in Organisation und Projektmanagement. «Die Angst vor Machtverlust ist in einer Aktiengesellschaft mit dem Kanton Nidwalden als gesetzlich festgeschriebenem Alleinaktionär nicht gerechtfertigt.»

Angst um Versorgungssicherheit

Für Norbert Furrer vom Komitee gegen die EWN-Privatisierung liegt die Interpretation auf der Hand: Das Nein ist einer Koalition von Links-Grünen, Heimat Bewahrenden und GlobalisierungsgegnerInnen zu verdanken, einer Allianz aus Demokratischem Nidwalden (DN), SP, Bauern und SVP. «Zudem hatte die Bevölkerung der Rand-



Norbert Furrer, Landrat des Demokratischen Nidwaldens:
«Die Bevölkerung der Randgebiete hat Angst davor, dass der Service publique nicht mehr gewährleistet ist.»

regionen berechnete Angst davor, dass der Service publique nicht mehr gewährleistet wird.» Das Nein ist ein Sieg, über den sich DN-Landrat Furrer und seine Leute freuen. Weil Netz und Unterhalt beim Kanton bleiben, weil das Volk – via Volksvertretung – auch künftig bestimmen kann, wie dieser Unterhalt ausgestaltet werden soll.

Das Pro-Komitee, allen voran Regierungsrat Ferdinand Keiser, hatte mit einem knappen Ausgang gerechnet. Vom klaren Nein der Bevölkerung waren die Liberalisierungs-Befürworter – vor allem auch diejenigen der FDP und der CVP – «erschüttert», der hohe Anteil an Nein-Stimmen habe wehgetan, sagten sie, sprachen von einem Misstrauensbeweis für Regierung und Parlament. Keiser «gibt dieses Misstrauen schon zu denken», er sagt, es sei schwierig, «sachliche Argumente hinüberzubringen». Und räumt ein, dass «wir vielleicht einen Fehler gemacht haben.» Keiser zieht Vergleiche zur Abstimmung über das Landwirtschaftsgesetz, wo es gelungen sei, mit transparenter Information schon im Vorfeld Akzeptanz zu finden. «Vielleicht haben wir diesmal zu wenig und zu einseitig informiert.»

CVP: «Fahrlässiges Nein»

Josef Achermann, CVP-Landrat aus Ennetbürgen und Verwaltungsratspräsident des EWNs, spricht ebenfalls von Emotionen, von der Angst der Bevölkerung davor, dass das Werk verkauft werden könnte. Aber auch er weist darauf hin, dass man das EW schliesslich nicht mit Swisscom und Post verglei-

chen könne, dass Netz und Holding ja «zu 100 Prozent beim Kanton geblieben wären», und dass es schwierig sei, «in diese Materie hineinzukommen.» Haben also die Stimmberechtigten nicht erkannt, worum es genau geht? «Sie haben Privatisierung mit Rechtsformänderung verwechselt», sagt Achermann, die Leute hätten Angst gehabt, dass der Service publique nicht mehr gewährleistet sei. Zu Unrecht. Furrer sieht das anders. Es sei schon von Einsparungen gesprochen worden. Und da seien die Randregionen sicher zuerst betroffen.



Wie aber geht's jetzt weiter? Jetzt, wo das laut CVP «fahrlässige Nein» Wirklichkeit geworden ist, wo weder «die geeigneten Rahmenbedingungen für das EWN im Hinblick auf das neue Energiemarktgesetz» noch die «zukunftsorientierte Rechtsform» geschaffen worden sind, wo die so oft beschworenen «marktauglichen Strukturen» fehlen? Herrscht beim Elektrizitätswerk Nidwalden Katzenjammer? Haben die Verantwortlichen Angst vor der Zukunft? «Der 23. September war für uns nicht unbedingt ein Freudentag», sagt Josef Achermann. «Aber wie dürfen den

Daniela Dick, Sekretärin beim EW Nidwalden:
«Ich war erstaunt, wie wenig die Leute Bescheid wissen.»

Kopf nicht in den Sand stecken.» Es müsse weitergehen, die Marköffnung laufe, das Werk müsse sich den neuen Herausforderungen stellen. Die gleichen Argumente wie vor der Abstimmung, nur die Vorzeichen haben sich geändert.

Für Achermann und Keiser ist klar: Der Verwaltungsrat muss mehr Kompetenz erhalten. Das «starre Korsett» sei aufzuweichen, die Leitung brauche mehr Handlungsspielraum. Und zwar schnell, noch in dieser Legislaturperiode, noch vor dem Juli 2002. «Das EWN bleibt eine öffentlich-rechtliche Anstalt, aber das EW-Gesetz aus dem Jahr 1969 muss angepasst, auf Vordermann gebracht werden», fordert Achermann. Den entsprechenden Antrag hat der Verwaltungsrat bereits bei der Regierung deponiert, über den Inhalt hüllt man sich in Schweigen. Auch Keiser will sich dazu nicht äussern. «In der nächsten Regierungsratssitzung werden wir im Grundsatz darüber diskutieren, danach einen Gesetzesentwurf vors Parlament bringen», sagt Keiser, und dass er nicht wisse, ob dem Antrag in allen Punkten entsprochen werden könne. Es sei aber wahrscheinlich, dass das Kantonsparlament künftig zum Stromtarif nichts mehr sagen können – «es schreibt ja der Kantonalkarzin auch nicht vor, wie hoch der Hypothekarzins sein muss» – und dass der operative Bereich bei der EW-Leitung liegen müsse. Und vielleicht, so Keiser, «zeigt sich ja auch im Strategiebereich noch Handlungsbedarf.»

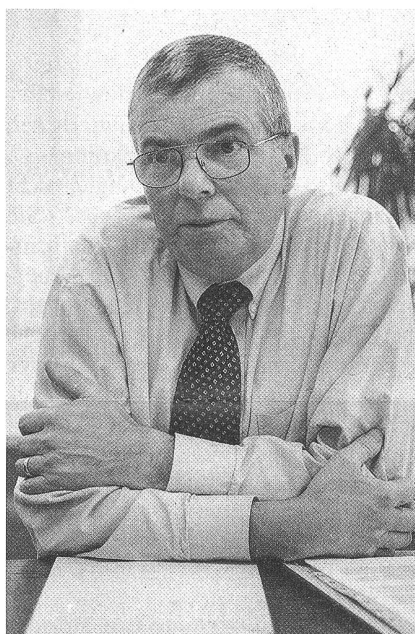
Norbert Furrer findet eine solche Gesetzesänderung «im Grunde gut», sagt, dass das auch bei der Nidwaldner Sachversicherung und bei der Kantonalkarzin möglich gewesen sei, dass das Kantonsparlament heute «eine öffentlich-rechtliche Anstalt ist, in der alle operativen Kompetenzen bei der Spitaldirektion liegen.» Und: Es gehe jetzt darum abzuklären, welche operativen Kompetenzen nötig seien, um gut arbeiten zu können – und darum, «wer die Rechte der Eigentümerin am besten wahrnehmen kann.» Klar ist für Furrer aber auch, «dass der Verwaltungsrat in diesem Abstimmungskampf eine schlechte Falle gemacht hat.» Das Geschäft sei zu wenig seriös behandelt worden, kritisiert Furrer, man habe «einem einzigen Berater» vertraut; dazu einem, der daneben noch ein Axpo-Mandat wahrnimmt. Kein Zufall, sagt der Lehrer – und fordert, dass die EW-Leitung künftig nicht rein politisch zusammengesetzt werden, sondern auch fachlich gut bestückt sein

müsse. Dass das mit finanziellen Aufwendungen verbunden ist, sei klar. Ebenfalls klar ist für Furrer, dass es «schlecht war, dass man politisch von Beginn weg den Einsitz von DN-Leuten im EW-Verwaltungsrat verhindert hat.» Diese hätten zumindest andere Fragen gestellt. «Und einen von sieben kann man ja schliesslich immer noch überstimmen.»

Wie viele Millionen für die Kantonskasse?

Apropos überstimmen: Was passiert, wenn das Kantonsparlament, der Landrat, den Vorschlag der Gesetzesände-

rung ablehnt? «Dann besteht die Gefahr, dass das EW im operativen Geschäft eingeschränkt wird, dass es den Wettbewerb nur zum Teil mitmachen kann – und weniger Gewinn erwirtschaftet», sagt Ferdinand Keiser. Das aber will in Nidwalden niemand. Denn das EWN ist ein gut funktionierender Betrieb, der nicht nur etliche Leute beschäftigt, sondern auch seit einem halben Jahrhundert Gewinn an den Kanton abliefern. Und das nicht zu knapp. 2,5 Millionen Franken waren's allein im letzten Jahr. Ein erkleckliches Stümchen. «Es könnte noch mehr sein», sagt Norbert Furrer. Denn: «Das EW hat immer selbst definiert, wie hoch der Gewinn ist.» So seien jährlich hohe



Regierungsrat Ferdinand Keiser: «Vielleicht haben wir zu einseitig informiert.»

«Ein gutes Zeichen für die kommende Wellenberg-Abstimmung»

Regierungsrat Ferdinand Keiser sieht keinen Zusammenhang zwischen dem Nein zur EWN-Teilprivatisierung und der kommenden Abstimmung über den Sondierstollen für ein Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle im Nidwaldner Wellenberg, Norbert Furrer kann ebenfalls keine Parallelen erkennen. Alfred Breitschmid, Geologe und Wahl-Nidwaldner, sieht einen Zusammenhang. Wie bei der legendären Wellenberg-Abstimmung – und beim Sieg der Gegnerschaft – hätten auch diesmal diejenigen gewonnen, die sich auf die Eigenständigkeit des Kantons, auf die

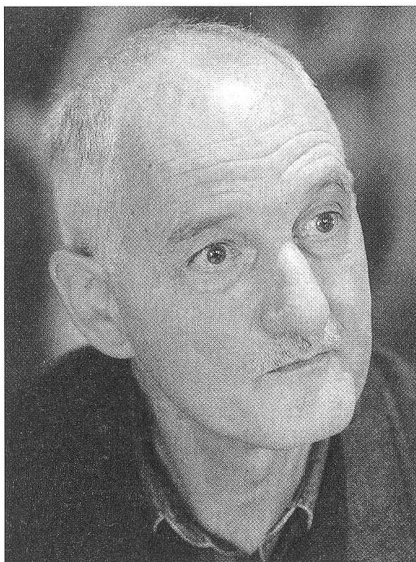
Bewahrung der Heimat berufen hätten, sagt er. Zudem gehe es beide Male um Geld – um Geld, das von aussen in den Kanton kommt, kommen soll. Ein Ja zur Eigenständigkeit, ein Nein zu Fremdbestimmung und Käuflichkeit also: Und wieder sei es zu einer ungewöhnlichen politischen Allianz gekommen: zu derjenigen der sozial Engagierten mit der Bauernschaft. Für Breitschmid ist das Nein zur EWN-Teilprivatisierung auch «ein gutes Zeichen für die kommende Abstimmung über den Sondierstollen.» Ein Support, der Stopp Wellenberg vielleicht helfen kann.

Abschreibungen und Rückstellungen gemacht und massive Investitionen getätigt worden. «Nidwalden hat ein unglaublich gutes Netz, eine De-luxe-Variante», sagt Furrer. Achermann hingegen spricht von einer «sehr guten Finanzpolitik, die vom Landrat immer goutiert worden ist.» Nur deshalb, sagt Furrer dazu, «weil diese dem ganzen Kanton zugute gekommen ist.»

Doch Furrers Verständnis für das EWN und seinen Verwaltungsrat hat Grenzen: Deshalb schrieb er im Juni der Regierung und verlangte Auskunft darüber, was diese zu tun gedenke, «um das offenkundige und unzulässige Eingreifen des EWNs, beziehungsweise des EWN-Verwaltungsrates in den Abstimmungskampf zu unterbinden.» Furrer warf dem Verwaltungsrat vor, er habe persönliche Propaganda-Briefe an alle StromkundInnen verschickt und darin die Umwandlung des EWNs in eine AG portiert. Zudem, so Furrer, sei das Kommunikationsbüro Akomag aus Stansstad – zufällig dasjenige, das auch die Pro-Kampagne erarbeitet und durchgeführt hat – beauftragt worden, «in persönlichen Gesprächen die Ängste, Befürchtungen und Vorbehalte der Bevölkerung auszuloten.» Für Regierungsrat Keiser hat der Verwaltungsrat hingegen, so sagt er, «nicht zu Mitteln gegriffen, die nicht legal gewesen wären oder den Abstimmungskampf beeinflusst hätten.» Und Achermann stellt fest, es sei eigenartig, dass sich ein Verwaltungsrat nicht äussern dürfe, wenn es um die Zukunft «seines Betriebes» gehe.

Mit Imagewerbung zum Ziel?

Dieser Zukunft sieht man jetzt – trotz Nein zur Privatisierung – relativ gelassen entgegen. Die MitarbeiterInnen hätten die Reorganisation des EWN hautnah miterlebt, sagt Markus Agner, Prokurist, Leiter der Kaufmännischen Abteilung des EWNs, verantwortlich für die Finanzen, Stellvertreter von Direktor Christian Bircher und seit acht Jahren im Betrieb. Agner erwähnt den «ständigen Dialog zwischen Betriebsleitung und Belegschaft», sagt, dass die Enttäuschung über das Nein allgemein gross sei. Trotzdem: Die Stimmung ist gut. Das sagt zum Beispiel Beat Flury, 41 Jahre alt, verheiratet, Vater von zwei Kindern. Man könne «miteinander reden, diskutieren, jeder hört dem anderen zu.» Flury ist Präsident des Personalverbandes, der im Hinblick auf die



Umorganisation bereits gegründet worden ist. Seit 13 Jahren arbeitet er hier, ist für den Unterhalt von Trafostation und Glasfasernetz zuständig, ärgert sich, dass im Abstimmungskampf von Arbeitsplatzabbau geredet worden ist, spricht von falschen Argumenten der Gegnerschaft. Auch Roman Ettlin, 48 Jahre alt und gebürtiger Obwaldner, ist im Betrieb verwurzelt, seit 30 Jahren hier, heute ein wenig müde, weil er in der Nacht eine Mittelspannungsstörung auf dem Wirzweli beheben musste und dadurch um den Vormitternachtsschlaf gebracht worden ist. Auch er sagt, der Entscheid sei nicht gut gewesen, aber wir machen das Beste daraus, der Markt wartet nicht, die Geschäftsleitung braucht Handlungsspielraum. Und dass der Herr Bircher, der Direktor, ein junger, ein guter Mann sei, einer, der die Mitarbeiter schätze, einer, den man auch mitten in der Nacht, um drei Uhr, anrufen könne, wenn man ein Problem habe. Sehr ähnlich die Antworten, zum Teil identisch in der Formulierung. Ein Zufall?

Vielleicht. Vielleicht aber auch nicht. Schliesslich geht's nicht nur um ein paar Antworten, sondern auch ums Image des Unternehmens. Und da macht man einiges im EWN: So ist vor einigen Wochen eine Inseratekampagne lanciert worden. «Es ist uns dabei nicht um die Abstimmung gegangen, sondern darum, unser frisches Logo bekannt zu machen und die Marke EWN zu pflegen. Das werden wir auch weiterhin tun», sagt Agner. Neben Achermann kommt er selten zu Wort, kann aber trotzdem noch sagen, dass es wichtig sei, näher zur Kundschaft zu kommen, mit Köpfen zu werben, Botschaften zu personalisieren. Das soll weiterhin ge-

**Josef Achermann,
Präsident des EWs Nidwalden:
«Der 23. September 2001
war für uns nicht unbedingt
ein Freudentag.»**

pflegt werden. «Weil Strom allein kein spannendes Thema ist», wie Daniela Dick dazu meint.

«Bannalper Geist» regiert immer noch

Der Abstimmungskampf zumindest hat in Nidwalden für viel Spannung gesorgt und hat für einige Wochen den «Bannalper Geist» wieder heraufbeschworen. In den 30er Jahren wollten die NidwaldnerInnen ihre Stromversorgung selbst in die Hand nehmen und waren für den Bau eines Stausees auf der Bannalp, und zwar gegen den Willen des Regierungsrates. Der Stausee wurde gebaut und an der Landsgemeinde musste der gesamte Regierungsrat den Hut nehmen. Das Nein zur EW-Privatisierung hat deutlich gemacht, dass die Bevölkerung auch heute nicht so schnell bereit ist, Eigenständigkeit und Selbstbestimmung aufzugeben. Auch wenn sie sich dafür den Vorwurf der Rückständigkeit gefallen lassen muss, auch wenn Agner sagt, «aus der erfolgreichen Vergangenheit haben wir nicht gegessen», und auch wenn von aussen jemand mit Geld winkt. Mit viel Geld. «Der Verwaltungsrat hat den Wert des Elektrizitätswerkes mit 60 Millionen Franken angegeben – ich aber rechne mit 150 bis 200 Millionen», sagt Norbert Furrer, beruft sich auf den Vergleich mit Werken ähnlicher Grösse, die in der letzten Zeit veräussert worden sind. Ob 60 oder 200 Millionen: Das EWN wird in nächster Zukunft nicht verkauft. Aber umstrukturiert. Produktion, Vertrieb und Netz werden organisatorisch und buchhalterisch voneinander getrennt. Ein Schritt Richtung Zukunft. Einer, der auch ohne Aktiengesellschaft möglich ist. □